

az

GRENCHEN

KANTON SOLOTHURN UND REGION GRENCHEN

«Sie ist klar zu weit gegangen»

Christa Markwalder Die Solothurner Vertreter des eidgenössischen Parlaments ordnen die Ereignisse rund um die Lobbying-Affäre der Berner FDP-Nationalrätin ein

VON FABIO BARANZINI

Der «Fall Markwalder» hat in den letzten Tagen die Gemüter erhitzt. Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder hat im Sommer 2013 beim Bundesrat eine Interpellation eingereicht, aufgrund dieser der Bundesrat Fragen zum Verhältnis zwischen der Schweiz und Kasachstan beantworten sollte. Das Problem: Die Interpellation stammte nicht aus der Feder von Christa Markwalder selbst, sondern wurde von der PR-Agentur Burson-Marsteller verfasst. Auftraggeber war der kasachische Politiker Asat Peruaschew. Kommt hinzu, dass Markwalder vertrauliche Papiere der aussenpolitischen Kommission an die Lobbyistin Marie-Louise Baumann von der PR-Agentur Burson-Marsteller weitergegeben hat. Diese Zeitung hat die neun Solothurner Vertreter des eidgenössischen Parlaments zum «Fall Markwalder» befragt. SVP-Nationalrat Roland Borer (Kestenholz) war weder telefonisch noch per Mail für eine Stellungnahme erreichbar.

SVP-Nationalrat Walter Wobmann (Gretzenbach):

«Ich kenne den genauen Sachverhalt im Fall Markwalder nicht. Grundsätzlich ist Lobbying aber nichts Schlechtes. Es ist unbestritten, dass Politiker Informationen von Interessenverbänden brauchen. Dabei stellt sich aber die Frage, wie weit darf

man gehen? Lobbying für Verbände, die oft viele Wähler vertreten, geht für mich in Ordnung, wenn man dies offenlegt. Schwierig wird es, wenn das Lobbying in die Bereiche von ausländischen Diktaturen oder in fanatische Richtungen geht. Auch Beziehungen zu sehr finanzstarken Firmen sind heikel.»

CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt (Herbetswil):

«Als ich zum ersten Mal vom Vorfall mit Frau Markwalder gehört habe, dachte ich mir, dass dies durchaus passieren

kann. Mittlerweile muss ich jedoch sagen, dass sie ganz klar zu weit gegangen ist. Antworten aus der Kommission weiterzugeben, ist ein Vergehen, das schwer wiegt. Dennoch glaube ich nicht, dass ein anderes System den Einfluss der Lobbyisten im Parlament begrenzen würde.

Es liegt in der Eigenverantwortung der Parlamentarier, dass sie mit ihrem Verhalten den Lobbyisten nicht zu viel Macht und Einfluss geben.»

CVP-Nationalrat Urs Schläfli (Deitingen):

«Die Interpellation, die Christa Markwalder eingereicht hat, lag für mich im Grenzbereich. Ich bemängle vor allem, dass sie den Inhalt nicht kritischer hinterfragt hat, obwohl nachträglich noch Formulierungen geändert wurden. Dass sie

dann aber nicht-öffentliche Kommissionen weitergegeben hat, geht nicht. Ich gehe jedoch davon aus, dass wir in Zukunft mit ähnlichen Fällen konfrontiert werden, wo selbst der Parlamentarier den Urheber des Vorstosses nicht kennt. Solche Fehler passieren, wenn die Politiker ihre Eigenverantwortung zu wenig wahrnehmen.»

SP-Nationalrat Philipp Hadorn (Gerlafingen):

«Der Fall Markwalder ist für unsere Demokratie bedrohlich. Er zeigt auf, dass die Grenzen des Milizsystems ausgereizt sind. Es kann doch nicht sein, dass Milizparlamentarier einem Heer von professionellen Interessenvertre-

tern gegenüberstehen, welche beinahe ohne Limiten von Finanzen und Spezialisten uns zu beeinflussen versuchen. Dass nationale Politiker Unterstützungsangebote aus der Wirtschaft oder gar von fremden Ländern annehmen, ist nicht tolerierbar. Christa Markwalder ist selbst Lobbyistin. Dass sie sich jetzt auf Naivität oder Überlastung beruft, scheint mir unangebracht.»

FDP-Nationalrat Kurt Fluri (Solothurn):

«Dass Christa Markwalder Kommissionen weitergegeben hat, geht nicht. Das Problem ist jedoch grundlegender: Parlamentarier lassen sich zu leicht beeinflussen, vor allem, wenn sie sich mit Themen befassen, bei denen sie keine Fachkenntnisse besitzen. Gerade in Wahljahren lancieren Politiker viele Vorstösse, damit sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, und längst nicht alle diese Anträge schreiben sie selbst. Es liegt in der Eigenverantwortung der Parlamentarier, zu prüfen, wer hinter einem Vorstoss steht. Das wird auch künftig so sein, denn die Kontaktaufnahme zwischen Lobbyisten und Politikern lässt sich auch mit strengeren Auflagen nicht regulieren.»

SP-Nationalrätin Bea Heim (Starrkirch-Wil):

«Es ist eine Illusion, zu glauben, dass man als Politiker alles ganz alleine erkennen und lösen kann. Es gehört deshalb zum politischen Handwerk jedes Ratsmitglieds, kritische Distanz zu jeder Art von Einflussnahme zu wahren, um sich nicht instrumentalisieren zu lassen. Ich frage mich daher schon, weshalb Juristin Markwalder in diesem Fall nicht kritisch genug war und gar das Kommissi-



onsgeheimnis brach. Fakt ist jedoch, dass es dem Parlament an Ressourcen fehlt, um sich unabhängig und kritisch mit politischen Fragen auseinanderzusetzen. Dieses Manko öffnet Interessenvertretern Tür und Tor, Einfluss auf das Parlament zu nehmen.»

SP-Ständerat Roberto Zanetti (Gerlafingen):

«Über Parlamentskollegen urteile ich nicht öffentlich. Dennoch möchte ich festhalten, dass ich beim Einreichen der Interpellation kein Problem sehe, denn eine Interpellation ist lediglich eine Anfrage und keine Aufforderung zu einer



Handlung. Beim Umgang mit Kommissionen muss man sehr vorsichtig sein. Dass man aber vor einer Sitzung gewisse Inhalte mit Experten bespricht, gehört für mich zu einer guten Vorbereitung. Davon ausgenommen sind «vertraulich» oder «geheim» klassifizierte Dokumente. Im Kontakt mit Lobbyisten-Firmen und PR-Büros ist grösste Vorsicht geboten.»

CVP-Ständerat Pirmin Bischof (Solothurn):

«Dass Lobbyisten versuchen, Einfluss zu nehmen, gehört zum politischen Alltag. Was mich am Fall Markwalder jedoch sehr erstaunt hat: Christa Markwalder soll nicht gewusst haben, welche Interessen die Lobbyistin vertritt. Normalerweise sagt der Lobbyist dies von sich aus zu Beginn des Gesprächs, und wenn er dies nicht tut, muss es die erste Frage des Politikers sein. Das ist die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Politikern und Interessenvertretern. Inhalte der Kommissionssitzungen dürfen nicht weitergegeben werden - schon gar nicht an Interessenvertreter.»



KKW Gösgen-Däniken

Zwei neue Mitglieder im Verwaltungsrat

Die 42. Generalversammlung der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG hat zwei neue Verwaltungsratsmitglieder gewählt. Anstelle von Alpiq-Vertreter Patrick Mariller wählte sie Thomas Bucher, der im April die Nachfolge von Mariller als Finanzchef der Alpiq angetreten hat. Auch die Stadt Zürich wechselte ihre Vertretung: Anstelle von Robert Neukomm wurde Stadträtin Claudia Nielsen (SP) gewählt. Die Generalversammlung genehmigte Jahresbericht und Jahresrechnung 2014. Das KKG erzielte eine Jahresproduktion von netto 8,02 Mrd. Kilowattstunden Strom. Die Jahreskosten zulasten der Partner beliefen sich auf 361,2 Mio. Franken. Per 1. Juli 2014 war die Bruttoleistung von 1035 auf 1060 erhöht worden, dies dank der neuen, 2013 eingebauten Turbogeneratorgruppe. Sie bewirkt eine jährliche Mehrproduktion von etwa 200 Mio. Kilowattstunden Strom. (CVA)

NACHRICHTEN

KESTENHOLZ
Polizei hält zwei Einbrecher an

In Kestenholz haben in der Nacht auf Freitag ein Mann und eine Frau versucht, in den SPAR-Supermarkt einzubrechen. Ein aufmerksamer Anwohner hat dies bemerkt und kurz vor 3 Uhr die Polizei gerufen. Diese rückte mit mehreren Patrouillen aus und konnte nur wenige Minuten später unweit des Tatortes einen 50-jährigen Slowenen und eine 32-jährige Mazedonierin anhalten. Beide wurden vorläufig festgenommen. (PKS)

NATIONALRATSWAHLEN
EDU hat nominiert

Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) Kanton Solothurn hat ihre Kandidaten für die Nationalratswahlen nominiert. Es treten an (auf dem Bild v.l.): Eduard Winistörfer (1948, Winistorf), Amanda Jordi (1958, Biberist), Joachim Gangl (1957, Lostorf), Frieda Gutjahr (1961, Bellach) und Adrian Roth (1965, Deitingen). (MGT)

Gibt Manor den Solo-Markt-Standort auf?

Vertrag gekündigt? Derzeit ist nicht klar, ob Manor am Solo-Markt-Standort in Solothurn festhält. «Wir prüfen alle Optionen», heisst es aus der Firmenzentrale auf Anfrage.

Er ist gerade bei Gourmets in der Region die bevorzugte Wahl für den Einkauf: Der Solo-Markt an der Unteren Steingrubenstrasse in Solothurn. Doch nun überprüft der Manor-Konzern offenbar, ob die Schanzmühle noch ein geeigneter Standort für den Solo-Markt ist. Manor-Sprecherin Elle Steinbrecher bestätigt entsprechende Gerüchte. «Manor nimmt derzeit eine Analyse für den Betrieb des Manor-Food-Marktes vor und prüft dabei alle Optionen», sagt sie. «Genauere Informationen sind allerdings nicht erhältlich. «Leider ist es zum jetzigen Zeitpunkt aber noch zu früh, eine definitive Aussage zu treffen.» Zwar be-



Wie weiter? Manor Food stellt sich diese Frage in Solothurn.

SIMON DIETIKER

tont Manor, dass «Solothurn in Ergänzung zum Manor Warenhaus weiterhin ein Standort für Manor Food sein» werde. Zur konkreten Frage, ob der Standort Solothurn an sich oder nur die Lokalität überprüft werde, wollte sich die Manor-Medienstelle in Basel gestern trotzdem nicht präziser äussern.

Laut verlässlichen Quellen soll bei der Liegenschaftsbesitzerin, der kantonalen Pensionskasse, sogar schon die Kündigung von Manor eingegangen sein. Bestätigen wollte dies gestern auf Anfrage aber niemand. Noch im Januar hatte Manor angekündigt, mehrere Mio. Franken in den Standort an der Unteren Steingrubenstrasse investieren zu wollen. Die Arbeiten sollten laut damaligen Angaben Ende Jahr beginnen. Dabei sollten mit einem neuen Konzept die neusten Food-Trends berücksichtigt und mehr vor Ort hergestellte Produkte angeboten werden. Wie es um diese Umbaupläne steht, beantwortete die Manor-Medienstelle gestern nicht. (LFH)

INSERAT



Denkstruktur USM Möbelbausysteme bieten Struktur für individuelle Anwendungsformen.

Zaugg Zaugg & Zaugg AG
Objekt- und Wohnkonzepte
Meisenweg 3a, 4552 Derendingen
T 032 681 50 80, info@zaugg-online.ch
www.zaugg-online.ch